

Neues Deutschland

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/171789.streitfrage-wie-provokativ-darf-antimilitaristischer-protest-sein.html>

28.05.2010 / Debatte / Seite 17

Streitfrage: Wie provokativ darf antimilitaristischer Protest sein?

Die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) stand in der jüngsten Vergangenheit schwer unter Beschuss. Anlass war die Aktion »Feste feiern, wie Sie fallen« des Berliner Landesverbandes. Momentan wird gegen ihn strafrechtlich vorgegangen. Dabei kam es zu einer Zusammenarbeit eines DFG-VK-Sprechers und den ermittelnden Behörden (ND berichtete). Auf der Debattenseite der vergangenen Woche diskutierten zwei DFG-VK-Mitglieder über Grenzen antimilitaristischen Protests. Da die DFG-VK-Aktion auch außerhalb der Organisation für Diskussionsstoff sorgte, wird die Debatte fortgesetzt. Hier nun weitere Meinungen aus der Friedensbewegung.

Unvermittelbare Provokation



Peter Strutynski

Foto: Daniela Fuchs-Frotscher

Von Peter Strutynski

Mir scheint, dass beide vertretenen Ansichten haarscharf an der entscheidenden Frage vorbeigeschlittert sind: Wie kann der Mehrheitswille der Bevölkerung, den Afghanistankrieg zu beenden und die Truppen sofort zurückzuziehen, in politischen Druck auf Regierung und Bundestag umgesetzt werden?

Jürgen Grässlin, dessen fundamental-pazifistische Überzeugung außer Frage steht, macht einen Fehler: Sein Plädoyer für »Gewaltfreiheit« suggeriert, dass das von ihm kritisierte provokative Schampus-Saufen irgendetwas mit »Gewalt« zu tun haben könnte. Das ist mitnichten der Fall. Die

Aktion der Berlin-Brandenburger Gruppe der DFG-VK tut doch niemandem etwas zu Leide und zerstört auch keine Sachgüter, sondern bleibt auf der ganzen Linie »gewaltfrei«. Sie kann dennoch falsch sein.

Sein Kontrahent, Dr. Eugen Januschke, verteidigt nicht etwa die inkriminierte Aktion (er kritisiert sie auch nicht), sondern führt den Leser auf eine andere Spur. Die Massenproteste der 80er Jahre hätten ihre Berechtigung gehabt, denn damals lebten wir in »Friedenszeiten« (nun ja, wir befanden uns im Kalten Krieg, Herr Januschke!). Heute jedoch herrsche »Krieg«, folglich müssten die Methoden der Friedensbewegung an die »veränderten Umstände angepasst« werden. Was das bedeutet, darüber schweigt sich der Autor aus.

Das Problem der Friedensbewegung scheint mir indessen heute zu sein, dass die Aussage, Deutschland befinde sich im Krieg, zwar richtig ist, aber nur einen Teil der politischen und gesellschaftlichen Realität in unserem Land erfasst. Der Krieg in Afghanistan ist nicht nur weit weg, er beeinträchtigt auch nicht das Denken und Fühlen der Menschen in ihrem Alltag. Dies wird auch nicht dadurch erreicht, dass die Friedensbewegung auf Teufel komm raus den Menschen Betroffenheit einbläuen will – noch dazu mit einer Aktionsform, die eher dem Repertoire des satirischen Kabarettis oder Theaters, nicht aber dem einer politischen Bewegung entnommen ist. Es macht eben einen Unterschied, ob ein Berliner Ensemble oder irgendein Aktionstheater den Tod deutscher Soldaten am Hindukusch künstlerisch verfremdet und dem Publikum vorsetzt (und zwar nicht nur hinter Theatermauern, sondern auch im öffentlichen Raum), oder ob Aktivisten der Friedensbewegung theatralisch dilettieren.

Hinzu kommt, und darin ist Grässlin absolut zuzustimmen, dass mit dem Tod von Menschen weder propagandistisches Schindluder (siehe die Inszenierung der Regierungs-Trauerfeiern) noch menschenverachtender Zynismus getrieben werden darf. Treten wir nicht auch dafür ein, dass selbst Mördern und Gewaltverbrechern ihre Menschenwürde nicht genommen werden dürfe? Soll das für Soldaten nicht gelten?

Es gibt für die Friedensbewegung keine »Abkürzungen« zum notwendigen Massenprotest der Bevölkerung gegen den Afghanistan-Krieg. Am ungeeignetsten scheinen mir nicht vermittelbare Provokationen und dadurch ausgelöste Fehden innerhalb des antimilitaristischen Lagers zu sein.

Dr. Peter Strutynski, 1945 geboren, ist Politikwissenschaftler an der Universität Kassel, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag und Mitherausgeber der Marxistischen Blätter. Er ist seit etwa 30 Jahren in der Friedensbewegung aktiv und leitet die Arbeitsgruppe Friedensforschung an der Universität Kassel, die jährlich den Friedenspolitischen Ratschlag veranstaltet.

www.uni-kassel.de/fb5/frieden